

Jugendnetzwerk Lambda Berlin-Brandenburg e.V.
Manteuffelstraße 19
10997 Berlin

Das Projekt queer@school des Jugendnetzwerk Lambda Berlin – Brandenburg e.V. setzt sich gegen Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans, inter* und queeren Jugendlichen an Schulen ein. Ehrenamtliche Jugendliche entwickeln in Workshops an Schulen mit Schüler_innen-Vertretungen Handlungsstrategien zum Abbau von Diskriminierung an Schulen.*

In Workshops entwickelten wir mit Schüler_innen folgenden Fragenkatalog zur Bundestagswahl 2013 an Parteien.

*Die beantworteten Fragen werden im Rahmen der U18 Wahl veröffentlicht und zur Diskussion über Queerpolitik in Workshops Jugendlichen als Material zur Verfügung gestellt. **Wir bitten Sie die folgenden Fragen kurz und für Jugendliche verständlich zu beantworten.***

1. Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass die Bundesantidiskriminierungsstelle keine speziellen Angebote für Kinder und Jugendliche fördert? Was wollen sie ändern?

Kinder und Jugendliche, die diskriminiert werden, haben speziellen Beratungs- und Unterstützungsbedarf. Diese Angebote können ohne Förderung jedoch kaum bestehen.

Um aus dieser unserer Haltung konkrete Forderung zu machen, sind wir auf die Hilfe derjenigen angewiesen, die solche Angebote machen oder nutzen und daher den politischen Handlungsbedarf besonders gut kennen. Wir freuen uns über Mitwirkung an unseren Beteiligungsinstrumenten wie beispielsweise LiquidFeedback und <http://www.openantrag.de/>. Wir werden uns aber auch aktiv an die Organisationen wenden, um Vorschläge und Rat einzuholen.

Vorschläge zur Förderung von insbesondere queeren Jugendprojekten und Hilfsangeboten auf Landes-, Kreis oder Bezirksebene befürwortet und unterstützt die Piratenpartei. Da wir zurzeit auf Bundesebene nur wenige politische Gestaltungsmöglichkeiten haben, beschränken sich die konkreten parlamentarischen Forderungen der Piraten nach Angeboten für Kinder und Jugendliche bisher auf Landes- Kreis- und Bezirksebene.

Übrigens: Mit knapp 20 Mitarbeiter_innen ist die Antidiskriminierungsstelle des Bundes im europäischen Vergleich äußerst knapp besetzt. Auch eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes würden wir daher begrüßen.

2. In der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage "Studie zur Situation lesbischer und schwuler Jugendlicher" (Drs. 17/9889) wird jungen Schwulen und Lesben empfohlen, sich zur Beratung an Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen in ihrem Coming Out zu wenden. Halten sie diese Beratungsmöglichkeit für angemessen? Was würden Sie ändern?

Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen (deren Existenz wir begrüßen) sind zu wenig geeignet, jungen Lesben und Schwulen bei ihrem Coming Out zu helfen. Sie sind nicht darauf ausgerichtet, ihre Mitarbeiter_innen sind nicht entsprechend ausgebildet und oft auch auf persönlicher Ebene nicht mit dem Themenkomplex vertraut, so dass sie die Situation der Hilfesuchenden nur unzureichend nachvollziehen können. Wir brauchen deshalb bundesweit genügend niedrigschwellige und barrierefreie Anlaufstellen von queeren Jugendzentren bis zu Beratungsstellen, die speziell auf die Bedürfnisse von jungen LSBTIQ zugeschnitten sind. Dabei ist

uns die Einbeziehung der Jugendlichen in die Konzeption und ein "Peer-to-Peer" Ansatz besonders wichtig. Daneben soll es auch Web-Angebote und Hilfstelefone geben, ohne aber dass mit Verweis auf diese Angebote "analoge" Anlaufstellen geschlossen oder ihr Ausbau verhindert wird.

3. Es gibt nur in vereinzelt Städten queere Jugendzentren. In Städten wie z.B. Berlin fehlt ein entsprechendes Angebot, welches sich ausschließlich an junge Menschen richtet (Frankfurt, Düsseldorf, Köln, Hamburg, München bieten entsprechende Angebote für queere Jugendliche).

Was wollen Sie auf Bundesebene für einen Ausbau von queeren Jugendzentren machen?

Wir begrüßen die Förderung von queerer Jugendarbeit, wollen uns dabei aber nicht auf eine Form beschränken. Statt den Menschen die unserer Meinung nach besten Anlaufstellen und Organisationsformen vorzusetzen (Top->Down), wollen wir ihnen in denjenigen Organisationsformen Unterstützung zukommen lassen, die sie selbst ausgesucht haben (Bottom->Up). Das können – aber müssen keine – Jugendzentren sein. Auf lokalparlamentarischer Ebene haben wir uns dabei bereits für queere Jugendzentren ausgesprochen, auf Bundesebene hatten wir hierzu noch keine Gelegenheit.

4. Nicht nur das Alter von lesbischen, schwulen und bisexuellen Jugendlichen beim Coming Out wird immer jünger, Trans und Inter* Kinder benötigen durch ihr junges Alter spezifische Angebote, welche es in Deutschland noch nicht gibt.*

Welchen Handlungsbedarf sehen Sie, was wollen Sie machen?

Trans* und Inter* Kinder benötigen nicht nur wegen ihres jungen Alters spezifische Angebote, sie stehen oft auch unter einem besonderen Zeitdruck (zum Beispiel weil die Pubertät ansteht). Wir wollen Ansprüche auf eine professionelle Beratung und Unterstützung im Rahmen des Kinder- und Jugendgesetzes verankern. Jugendlichen Transsexuellen muss eine pubertätsstoppende Therapie ermöglicht werden, um die Geschlechtsmerkmale, die nicht dem Identitätsgeschlecht entsprechen, gar nicht erst entstehen zu lassen.

Wir unterstützen die Empfehlung des Deutschen Ethikrates, für Inter* Kinder und ihre Familien qualifizierte interdisziplinären Kompetenzzentrum und Betreuungsstellen zu schaffen. Auch hier sollen die Kinder und ihre Familien die Möglichkeit haben, durch andere Betroffene und ihre Eltern und Selbsthilfeeinrichtungen beraten zu werden (Peer-to-Peer).

*5. Diskriminierung an Schulen ist oft Alltag. Neben homophober und trans*phober Diskriminierung ist Rassismus außerdem noch immer ein Thema an Schulen. Im Bericht „Diskriminierung im Bildungsbereich und im Arbeitsleben“, der Bundes Antidiskriminierungsstelle (veröffentlicht im Juli 2013), wird Diskriminierung von Schüler_innen an Schulen als eklatantes Problem beschrieben. Der Bericht sagt neben anderen Diskriminierungsmerkmalen, dass die Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und inter* Kindern und Jugendlichen dringenden Handlungsbedarf an Schulen erfordert.*

Was wollen Sie konkret an Schulen ändern, um Diskriminierung zu stoppen?

Studien zeigen leider, dass Schulbücher und Unterricht stark heteronormativ sind [1]. Nichtheterosexuelle und queere Lebensweisen und Identitäten, Trans- und Intersexualität müssen auch im Unterricht auftauchen, um die existierende Vielfalt zu zeigen und Respekt zu fördern.

Lehrkräfte müssen bereits in der Ausbildung sensibilisiert werden, um später einen solchen Unterricht durchführen und beim Coming-out unterstützen zu können, Mobbing zu verhindern usw. Zusätzlich können spezielle Projekte an und für Schulen gefördert werden. An allen Schulen sollte es Lehrkräfte geben, die speziell als Ansprechpartner_innen für Diversity bzw. sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zur Verfügung stehen. Auf Landesebene haben wir bereits entsprechende Anträge eingebracht.

Oft machen Schüler_innen selbst die beste Antidiskriminierungsarbeit. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Schulen demokratisch verfasst sein sollen (ähnlich wie ein demokratischer Staat), was den Einfluss der Kinder und Jugendlichen auf ihre Schule ganz massiv erhöhen würde – sowohl was (Antidiskriminierungs-)Projekte als auch Lehrinhalte, verwendete Bücher etc. betrifft. Auf Landesebene haben wir uns außerdem bereits dafür eingesetzt, einen Fond einzurichten, aus dem eigene Projekte von LSBTIQ-Jugendlichen finanziell unterstützt werden können.

Wir setzen uns für die Förderung freier Lehr- und Lernmaterialien ein (Open Educational Resources, "OER"), die es wesentlich erleichtern würden, queere Inhalte "auf dem Graswurzelweg" in den Unterricht zu bringen. Auf Landesebene haben wir uns außerdem bereits für eine Fachwerkstatt eingesetzt, in der gemeinsam mit Schulbuchverlagen Lehrmaterialien erarbeitet werden sollten, die Respekt für LSBTIQ fördern.

Auf lokalparlamentarischer Ebene setzen wir uns derzeit für "All Gender Toiletten" an Schulen ein, um die Diskriminierung derjenigen Schüler_innen zu verringern, die sich nicht binärgeschlechterlich verorten oder deren Geschlechtsidentität nicht anerkannt wird. Auf unserer to-do-Liste steht das selbe für Umkleiden (Sportunterricht).

Die Frage spricht zwar nur von Schulen, wir wollen an dieser Stelle aber auch Kitas erwähnen, denn Respekt für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt wird am besten schon früh vermittelt. Wir haben uns auf Landesebene bereits dafür eingesetzt, dass dies schon in Kitas – natürlich altersgerecht! – vermittelt wird.

6. Wie wollen Sie bei ihrer Bildungspolitik Schüler_innen beteiligen?

Wir haben da drei Wege im Blick: Erstens wollen wir Schulen demokratisieren, zweitens das Wahlalter senken, drittens als Partei die Anliegen von Schüler*innen in die Parlamente tragen.

Zu 1:

Bildungseinrichtungen sollen demokratisch verfasst und transparent organisiert sein. Sie sind als Lebensraum der Lernenden und Lehrenden zu begreifen, dessen Mitgestaltung und Nutzung ihnen auch bezüglich der Lerninhalte offen stehen muss.

Zu 2:

Wir wollen das Wahlalter auf Bundesebene senken, so dass auch die Stimmen von Schüler_innen bei der Bundestagswahl Gehör finden. Auf Landesebene ist uns dies teilweise bereits gelungen, so hat unsere Fraktion in Schleswig-Holstein dort das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre senken können.

Zu 3:

Auf die bildungspolitischen Forderungen der Piratenpartei können Schüler_innen bereits jetzt unmittelbar Einfluss nehmen. Auch ohne Parteimitgliedschaft kann man Vorschläge gleichberechtigt einbringen. Um über Programmanträge abzustimmen, ist eine Mitgliedschaft nötig, für die man zur Zeit noch mindestens 16 Jahre alt sein muss.

Über das Portal OpenAntrag (<http://www.openantrag.de/>) kann jede_r Antragsvorschläge an unsere Fraktionen übermitteln.

*7. Nach Berlin führen jetzt auch Nordrhein Westfalen und Baden Württemberg Aktionspläne gegen Homophobie ein. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern der EU hat Deutschland keinen Aktionsplan gegen Homo- und Trans*phobie auf Bundesebene.*

Würden Sie dies ändern? Welche strategischen und praktischen Inhalte müssten aus Ihrer Sicht ein solcher Aktionsplan speziell für Kinder und Jugendliche haben?

Ja, wir haben uns bereits auf Landesebene dafür eingesetzt und werden das auf Bundesebene weiter vorantreiben.

Konkrete Inhalte eines Aktionsplans haben wir zum Teil schon in den Antworten oben vorweggenommen.

Im Mittelpunkt steht immer die Selbstbestimmung der Kinder und Jugendlichen.
Bei der weiteren Ausarbeitung von Inhalten setzen wir auf die Zusammenarbeit mit einschlägigen NGOs: Politik darf nicht den Politiker_innen überlassen werden!